



Bericht über das **10. interparlamentarische Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und Bosnien-Herzegowina**

Sarajevo, 03.-05. Februar 2008

In meiner Funktion als Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas habe ich im Februar an einer Delegationsreise nach Bosnien-Herzegowina teilgenommen. Dort fand vom 3.-5. Februar ein interparlamentarisches Treffen zwischen EU-Abgeordneten und den Kollegen aus Bosnien-Herzegowina statt. Die Gespräche waren sehr konstruktiv und haben deutlich gezeigt, wie groß die Probleme auf dem Westbalkan noch sind.

Auf der Tagesordnung standen Treffen mit den Vorsitzenden des Abgeordnetenhaus und der Völkerkammer, den Abgeordneten aus dem Komitee für Europäische Integration, dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Herrn Miroslav Lajčák, den Leitern der Delegation der Europäischen Kommission, der Polizeimission der Europäischen Union und von EUFOR-Althea, dem slowenischen Staatssekretär, dem Minister für zivile Angelegenheiten und schließlich den Leitern des Helsinki Komitees und mehreren NGOs.

Lassen Sie mich Ihnen kurz die **Situation Bosnien-Herzegowinas im letzten Jahr** in Erinnerung rufen: Die Mostar-Erklärung aller Parteiführer und die Bereitschaft, mit dem OHR nach dessen starker Intervention zusammen zu arbeiten, hatte die Hoffnung auf ein Ende des langen Stillstands geweckt. Ein Arbeitsstab wurde eingesetzt um Gesetze zur Polizeireform mit konkreten Schritten zu entwerfen und um den Boden für Diskussionen über eine neue Verfassung zu bereiten. Zwei Monate Fortschritt. Ganz anders jedoch beurteilte Sloweniens Premierminister Jansa die Lage, als er die Europäische Gemeinschaft warnte, dass Bosnien-Herzegowina sogar noch mehr Probleme verursachen könnte, als die Kosovo-Frage.

Wie ist die Situation heute? Nur einen Tag vor unserer Ankunft hatten die sechs Parteiführer Bosnien-Herzegowinas sich weder über die Polizeireform noch über den verfassungsgebenden Prozess einigen können. Dieses Mal war es Herr Tihic (SDA), der die Mostar-Erklärung abweichend interpretierte und die vorgeschlagene Polizeireform als zu schwach ansah. Auf der anderen Seite legte Herr Dodik (Republik Srpska) neue Ideen vor bezüglich des Rechtes auf Selbstbestimmung, der Gründung eines föderalen Staates, bezüglich getrennter Steuern, eines inländischen Geheimdienst und der Möglichkeit, die Kooperation mit dem OHR einzuschränken. Beide Statements riefen starke Reaktionen von Lajčák hervor, der erklärte, dass "die Integrität des Territoriums von Bosnien-Herzegowina vom Friedensabkommen von Dayton garantiert wird und die Existenz des Staates nicht in Frage gestellt werden kann."

Schon wieder eine Blockade der Entwicklung von Seiten der Parteiführer? Es sind die Parteiführer, die Entscheidungen treffen und um die Macht kämpfen – nicht das Parlament. Das ist definitiv ein Anzeichen für das undemokratische Funktionieren der Institutionen in

Bosnien-Herzegowina. Alle Abgeordneten beklagten sich, dass sie nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden seien, dass sie den Parteiführern und nicht ihrem Gewissen folgen müssten.

Bosnien-Herzegowina ist von einer parlamentarischen Demokratie sehr weit entfernt. Die Parteiführer handeln mehr oder weniger wie Diktatoren; außerdem behindern unterschiedliche Ebenen administrativer Strukturen jedweden Fortschritt!

Die Tagespolitik wird überschattet von bürokratischen Kämpfen um die gleichberechtigte Teilhabe von drei ethnischen Gruppen bzw. Parteifunktionären. So genannte "Andere", wie Minderheiten, werden komplett vernachlässigt. Das alles führt zu wenig oder gar keinem Fortschritt bei den dringend benötigten Reformen in den Bereichen Polizei, zivile Verwaltung (60 % des BIP wird für Verwaltung ausgegeben), Korruption, Justiz und Verfassung. Ferner bleiben Themen wie unabhängige Medien, eine Einigung über das Budget (das Land erreicht heute nur noch 60% des BIP von 1990), die zentralisierte Agrarpolitik, die negative Außenhandelsbilanz usw. nach wie vor ungeklärt.

Die negativste Einschätzung kamen von den Vertretern des Helsinki-Komitees und der anwesenden NGOs. Sie stellten fest, dass die Menschenrechte nicht im Entferntesten respektiert werden. Hassreden aller Parteien gegen ethnische Gruppen sind "normal", ganz wie 1992; der NGO-Sektor wird – auch von der internationalen Gemeinschaft – unterschätzt, die Rechte der Frauen werden nicht durchgesetzt und die Vorschläge für eine neue Verfassung diskriminieren Minderheiten wie Roma und andere.

Haben wir es hier mit einem neuen alten Desaster zu tun?! Von diesem Dilemma einmal abgesehen, besteht große Hoffnung, alle Probleme durch die europäische Integration zu lösen – 70% der Bevölkerung vertraut auf Europa!

Was können wir also tun? Was war die Botschaft des Treffens?

1. Den Prozess zur Unterzeichnung der SAA beschleunigen und die gleichen Standards für die gesamte Region verwenden (unterschiedliche Standards würden in Serbien als Affront angesehen).
2. Die angekündigte Visa-Erleichterung hat zu vielen Enttäuschungen geführt. Reisen ohne Visa würde der Jugend die Möglichkeit eröffnen, zu sehen, was demokratische Staaten alles erreichen können.
3. Auf die Unabhängigkeit der Medien bestehen.
4. Projekte unterstützen, die sowohl auf kultureller Identifikation, als auch auf Versöhnung aufbauen.
5. Regionale Entwicklung durch leichteren Zugang zu den IPA-Fonds fördern.
6. Den NGOs den Zugang zu europäischen Finanzhilfen erleichtern; institutionelle Unterstützung für die Roma (Stärkung der Zivilgesellschaft) ermöglichen.
7. Mehr auf die Durchsetzung der Menschenrechte achten.

Außerdem haben wir die Fälle bosnischer Bürger diskutiert, die jahrelang in Guantanamo festgehalten wurden. Die Europäische Gemeinschaft drängt Bosnien-Herzegowina, sich um seine Bürger zu kümmern und mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft verantwortungsvoll umzugehen (wie es Menschen aus arabischen Staaten während des Krieges wie selbstverständlich zugestanden wurde).

Gisela Kallenbach, Brüssel/Leipzig, 11. Februar 2008